

14. Schluss

14.1 Fazit

Die vorliegende Arbeit verfolgte den Ansatz, Politik nicht als linearen Prozess zu verstehen, der auf ein propagiertes Endziel hinausläuft, sondern als umkämpfte ideologische und materielle Verdichtung interessengeleiteter Konflikte, die sich in der Regel entlang distinkter Gruppen, Repräsentanten verschiedener gesellschaftlicher Bruchlinien, vollziehen und sowohl innerhalb als auch außerhalb staatlicher Institutionen stattfinden. Es ging um eine Beschreibung und Analyse genuin *politischer* gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, um die Regulierung von Konflikten, um die (Neu-)Verteilung von Macht- und Aneignungschancen und die Ausgestaltung sowie Institutionalisierung konstruktiver politischer Zukunftsprojekte für Ägypten im Lichte revolutionärer Dynamiken.

In diesem Sinne bedeuten Transition und Demokratisierung immer auch über Formen von Dissens auf Seiten der Opposition und Formen der Repression von Seiten des herrschenden Regimes und deren Relationalität nachzudenken. Politische Identitäten, Weltanschauungen, verschiedene Wahrnehmungen und Interpretationen der Situation durch kollektive Akteur*innen, machtpolitische Konfigurationen und Allianzen sind immer umkämpftes Resultat dieser Relationalität und nach Jahrzehnten autoritärer nicht-Politik augenfälliger Beweis einer beginnenden Demokratisierung zugleich. Die soziale (Neu-)Organisierung von Gesellschaft ist unter den Bedingungen von autoritär-neopatrimonialen Neoliberalismus, beginnender konfliktiv ausgetragener systemischer Transition sowie einer scharfen weltanschaulichen Polarisierung, die – auf beiden Seiten – oft lediglich als ideologisches Vehikel dient, um machtpolitische Aspirationen durchzusetzen, jedoch nur durch eine gesellschaftlich getragene revolutionäre Agenda durchzusetzen, die die bisherigen Modi von Herrschaftszugang, Herrschaftsweise sowie gesellschaftliche und politische Traditionen und Kulturen radikal in Frage stellt. Wie zu sehen war, ist dies während der ägyptischen Revolution nur in unzureichender Weise geschehen. An die Stelle der Euphorie des Jahres 2011 trat Ernüchterung bei externen Beobachter*innen und Beteiligten zugleich.

Die Studie hat aufgezeigt, dass mehrere theoretische Zugänge notwendig waren, um die verschiedenen Aspekte zu beschreiben, *warum* es letztendlich zu einer machtpolitischen Polarisierung in Ägypten und dem (vorläufigen) Ende der ägyptischen Revolution kam.¹ Im Folgenden sollen die Resultate kurz einer kritischen Revision unterzogen und mit den theoretischen Prämissen in Bezug gesetzt werden, um *in zugespitzter Form* wesentliche Ergebnisse der Forschungsarbeit zu rekapitulieren:

1. Ausgangspunkt der Analyse war die Beschreibung des neopatrimonialen politischen Systems und der Kriterien für eine Transition: Es hat sich gezeigt, dass das Neopatrimonialismus-Konzept über eine Beschreibung des Ist-Zustands hinaus zu statisch für eine Erklärung von Regimewandel ist. Als systemtheoretisches Modell erklärt es Systemwandel und Systemstabilität durch Systemeigenschaften. Externe Faktoren, wie eine Demokratiebewegung und Massenmobilisierungen, werden nicht berücksichtigt. Deshalb wurden die Prämissen des Modells um Handlungskomponenten erweitert: Das SKOG-Modell, der Contentious-Politics-Ansatz, Framing- und Netzwerktheorien. Dieser Theoriemix hat sichergestellt, dass sowohl strukturell-systemische sowie handlungstheoretische und konstruktivistische Faktoren auf der Mikro- und Mesoebene berücksichtigt werden konnten.
2. Die Analyse der Mobilisierung hat gezeigt, dass die gesellschaftliche Politisierung sehr hoch war: Motivationale und emotionale Ressourcen waren in hohem Maße vorhanden und wurden in z.T. sehr konfliktiver Weise von Befürworter*innen und Gegner*innen der Revolution aktiviert und eingesetzt (diagnostisches, motivationales Framing). Eingesetzte Deutungsrahmen verharrten bei der Mobilisierung jedoch in einem diffusen Modus, der zwar einen politischen Wandel anstrebte, jedoch nicht klar artikulierte, was darauf folgen sollte (prognostisches Framing). Es fehlte ein übergeordnetes, überideologisches, postrevolutionäres Narrativ, das sich in Auseinandersetzungen um die bisherige *und* zukünftige Identität eines politischen Gemeinwesens herausbildet. Das lag daran, dass die Revolution zwar einen langen mobilisatorischen Vorlauf hatte, der Ausbruch jedoch relativ spontan geschah und organisationale Strukturen zunächst kaum vorhanden waren, die die Existenz sozialer Disparitäten dem System zuschreiben und dann in kollektive Handlungsstrategien überführen. Die Konfliktfähigkeit der oppositionellen säkularen Akteur*innen, die stark von der politischen

1 Gemeint ist mit dem vorläufigen Ende, dass der Prozess der Politisierung der Gesellschaft durch den Putsch unterbrochen wurde; der Aufbruch und die öffentliche Mobilisierung der Gesellschaft 2011ff. jedoch bereits als großer Erfolg und Ausbruch aus dem Autoritarismus zu werten sind.

Organisationsfähigkeit abhängt, musste deshalb hinter derjenigen der beiden anderen zentralen Akteur*innen zurückbleiben: Der SCAF mit seiner nationalistischen Agenda und die Muslimbruderschaft mit ihrem ebenfalls nationalistisch eingefärbten, islamischen Metanarrativ einer gesellschaftlichen Gemeinschaft (*gamaa*).

Die repressiven und *nicht repressiven* Reaktionen des Regimes entsprachen den theoretischen Erwartungen hinsichtlich neopatrimonial-autoritärer Regime mit hoher Steuerungsfähigkeit und wirkten sich hemmend auf den Aufbau organisationaler Strukturen und die Konfliktfähigkeit aus: Sabotage der neuen Organisationen durch Infiltration, wiederholte Gewaltmaßnahmen gegen Demonstrant*innen, Implementierung institutioneller Hemmnisse, Regieren durch Dekrete und damit erzeugter Handlungsdruck auf die Akteur*innen waren die Hauptinstrumente des Regimes.

Kollektive politische Identitäten, die für den Aufbau funktionierender, konfliktfähiger Organisationen essentiell sind, und als Voraussetzung von Ideologien gelesen werden können, konnten sich unter diesen Bedingungen nur ansatzweise entwickeln. Vielmehr sind ereigniszentrierte und konfliktbasierte politische Identitäten über den gesamten Untersuchungszeitraum zu beobachten, die in dieser Weise und in diesem Ausmaß nicht vorhergesehen worden waren: Diese wurden bei weltanschaulichen *und* machtpolitischen Konflikten punktuell aktiviert, um sich als Kollektiv abzugrenzen und selbst zu legitimieren bzw. zu ermächtigen. Inhaltlich blieben ideologisch-identitäre Konstruktionsprozesse hohl: Nationalismus, Patriotismus, Säkularismus oder soziale Gerechtigkeit blieben zumeist diffuse Slogans, die nicht die ideologische Kohärenz vermitteln konnten, die für die Erzeugung nachhaltiger politischer Organisationsfähigkeit (Institutionalisierung, Legitimität) notwendig ist.

3. Die aus den Mobilisierungen heraus entstehenden Organisationen wurden sowohl auf der Mikro- als auch auf der Makroebene beschrieben, um besser zu verstehen, wieso der Transitionsprozess gescheitert ist.

Auffällig war, dass auf der Mikroebene Vernetzungen von einer paradoxen Gleichzeitigkeit funktionaler und dysfunktionaler Elemente geprägt waren und somit nur bedingt den theoretischen Erwartungen der Netzwerktheorien entsprochen haben: Es gab Vernetzungen im jeweiligen sozialen Umfeld und damit viele kleine Netzwerke. Eine Hackordnung bzw. positionale Ordnung, die den Teilnehmer*innen spezifische Rollen und damit ein spezifisches Verhalten zuweist und als erste Struktur der Netzwerke bezeichnet werden kann, war allerdings nur rudimentär ausgebildet. Dies deckt sich mit den Aussagen über die konfliktive Konstituierung politischer Identitäten: Nur wenn sich soziale Transaktionen durch Bezugnahme auf andere Teilnehmer*innen in Netzwerken vollziehen, entstehen Identitäten und die mit ihnen verbundenen Rollenerwartungen.

Gleichzeitig zeigt diese Erkenntnis eine zentrale Leerstelle in der Netzwerktheorie auf: Ein Scheitern des Netzwerks sieht dieser Theoriestrang nicht vor. Macht und Machtdifferenzen zwischen den Positionen werden theoretisch nicht erfasst. Es ist lediglich von Konkurrenzverhältnissen zwischen den Positionen die Sprache, die zudem immer als konstruktiv gedacht werden. Der Übertrag auf die sozialen Verhältnisse in Ägypten war deshalb nur bedingt möglich: Es gab innerhalb der Netzwerke sehr viele destruktive Konflikte, die sich um die Struktur, die Ausrichtung und die zu verfolgenden Ziele drehten, und die ungelöst blieben. Kohärente kollektive Identitäten konnten sich so kaum ausbilden. Es sei hier exemplarisch an die Konflikte um multiple Gruppenzugehörigkeiten erinnert: Loyalität und Verbindlichkeit, die muss-Kriterien für Rollen und an sie gebundene Erwartungen darstellen, waren oft umstritten. Wichtige organisationstheoretische Zusammenhänge zwischen Netzwerken und Parteien blieben in der Folge unverstanden. Dies wirkte sich auf die Makrostruktur der aus den Netzwerken entstandenen Parteiorganisationen aus. Zwar gilt, dass Parteien und Parteiensysteme in Transitionen nie den Grad formaler Konsolidierung erreichen wie in westlichen Demokratien. Doch selbst die flachen Hierarchien von Netzwerkorganisationen – also schwach konsolidierte Netzwerke von Netzwerken – erfordern ein gewisses Maß an organisationaler Strukturierung. Programme, Satzungen, Organe und funktionale Differenzierung waren oft vorhanden, jedoch kamen die Parteien auch hier über Ansätze nicht hinaus.

Die Analyse hat verschiedene Ursachen für diesen Mangel festgestellt: Die Un-erfahrenheit der Protagonist*innen in der Organisation politischer Parteien ist ein Hauptgrund. Die Dynamik der tagespolitischen Ereignisse überforderte sie, weil sie einerseits darauf reagieren mussten, andererseits mit dem Aufbau der Organisationen beschäftigt waren. Vom SCAF installierte institutionelle Hürden zur Registrierung der neuen Parteien, etwa die Verpflichtung, Programm und Satzung bereits bei der Registrierung vorlegen zu müssen, verstärkten dieses Dilemma noch. Anstatt organisationale Verfahren zu entwickeln und zu institutionalisieren, wurde oft informal, im kleinen Kreis entschieden. So bestätigt sich die These vom neopatrimonialen Mehrparteiensystem in Transitionen, welches sich durch eine Gleichzeitigkeit von demokratischen Teilregimen und einer Kontinuität neopatrimonialer Strukturmerkmale auszeichnet. Es muss deshalb – und dies auch nur für einen Teil des Untersuchungszeitraums – von einer defekten Demokratie gesprochen werden, deren autoritäre Tendenzen aber fast wirkmächtiger waren, als eine durch Liberalisierungen erreichte Demokratisierung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in Ägypten.

Politkulturelle Muster der Aushandlung und der Organisation wurden des Weiteren von insbesondere unter Mubarak oder Sadat politisch sozialisierten Prot-

agonist*innen übernommen (Informalität, Top-Down-Willensbildung, Patronage, Personen statt Inhalte, mangelnde Kompromiss- und Konsensfähigkeit, Klassismus etc.) und kollidierten mit demokratischeren Vorstellungen von Organisation bei jüngeren Parteimitgliedern.

Anders als Asef Bayat, der von einer Revolution ohne Revolutionäre spricht, muss viel eher von einer Revolution gesprochen werden, in der auf eigentümliche Weise Führerlosigkeit und Personenkult parallel verliefen. Während große Parteien von Alphetieren der ägyptischen Politik und Geschäftswelt wie Mohammed al-Baradei, Hamdin Sabbahi, Naguib Sawires, Abdel Moneim Abul Futuh, Mostafa al-Naggar, Khaled Ali oder Ayman Nour dominiert wurden und sich damit neopatrimoniale Muster organisationaler Strukturierung (Patriarchat, Personalismus, Elitenkonkurrenz, Informalität) ungebrochen im Transformationsprozess fortsetzten, ist auf Seiten der Jugendbewegungen und Protestgruppen auf den Straßen festzustellen, dass diese durch ein Übergewicht basisdemokratischer, informaler nicht-Strukturen erstickt wurden. Was Mouffe hinsichtlich der Indignad@s des Movimiento 15 M in Spanien oder der Occupy-Bewegung als »führerlose Netzwerke, Plattformen ohne Zentrum« beschreibt, trifft auch auf ägyptische Bewegungen weitgehend zu (Mouffe 2016: 164f.).

Dies machte die Netzwerke für den Sicherheitsapparat weniger angreifbar; in der ereigniszentrierten Mobilisierung und Graswurzelarbeit zeigten sie sich als effiziente Apparate. Das genuin politische Moment, der Ausbruch der Revolution, konnte auf diese Art zwar lange konserviert werden, die von den Beteiligten erfahrene politische Subjektivierung und Selbstbefreiung zur Konstituierung eines post-autoritären Bewusstseins beitragen – trotz der zunehmend repressiveren Politik des SCAFs –, jedoch führte dies nur zu einem im Ergebnis ungerichteten Protest, der auf der organisationalen Ebene weder kohärent, noch entschlossen genug die Umwälzung der bestehenden Ordnung angriff.

4. Die Schwäche der Konsolidierung und Organisation der säkularen Parteien, wirkte sich auf deren Verhandlungspositionen mit anderen Akteur*innen aus. Kompromissfähigkeit, verstanden als Fähigkeit einer Organisation, eigene Ziele zur Disposition zu stellen, wenn an anderer Stelle politische Gewinne zu erwarten sind, beruht auf innerer Geschlossenheit und Konsolidierung. Die zahlreichen (politischen) Konflikte innerhalb der Parteien, die unklaren und volatilen politischen Positionierungen und Identitäten, die daraus resultierende Fragmentierung des Parteiensystems mit zeitweilig über 100 Parteien und das Vorherrschen eines charismatischen Führungsideals übertrugen sich auf die Beziehungen zu anderen Akteur*innen und verhinderten die Ausbildung von Kompromissfähigkeit und damit eng verbunden, die Fähigkeit, politische Gegner*innen und deren Anliegen innerhalb des eigenen Lagers als legitim anzuerkennen.

Allianzen, Pakte und nachhaltige Wahlbündnisse, die in einer Transition notwendig sind, weil die neuen Akteur*innen jeweils nicht über genügend Ressourcen und Personal verfügen, um die in der Regel besser aufgestellte Regimekoalition strategischer Gruppen zu konfrontieren, zerbrachen oft nach kurzer Zeit wieder, wenn sie überhaupt zustande kamen. Verantwortlich dafür waren in der Regel weniger ideologisch-politische Konflikte, als vielmehr machtpolitische Konfrontationen über die Vergabe von Listenplätzen oder Führungspositionen im Bündnis. Die Positionierung gegenüber der Muslimbruderschaft führte innerhalb des säkularen Lagers oft zu ideologisch-weltanschaulichen Konflikten, die dazu führten, dass (mögliche) Wahlallianzen scheiterten. Konfliktregulierungsmechanismen fehlten hier ebenso, wie innerhalb der Parteien. Hinzu kamen häufig falsche Vorstellungen von Pluralismus und Demokratie: Bündnisse und Allianzen, der Zusammenschluss zu strategischen Netzwerken wurden häufig als anti-pluralistische Blockbildung abgelehnt, die Fragmentierung des Parteiensystems als Ausdruck neu gewonnener Freiheiten interpretiert. Aus den vorgenannten Gründen dominierten ereigniszentrierte, informale ad-hoc-Bündnisse, denen die Verbindlichkeit und eine langfristige Perspektive fehlten. Eine nachhaltige Bündnisfähigkeit war praktisch nicht vorhanden.

5. Im Ringen mit der Regimekoalition und der Muslimbruderschaft wurde der säkularen Opposition dieses Versäumnis zum Verhängnis und führte zu einem defekten Transitionsverlauf: Die Kräfteverhältnisse waren extrem asymmetrisch zu ihren Ungunsten gelagert, die Beziehungsdynamiken zwischen ihr und der Muslimbruderschaft sowie zwischen ihr und dem SCAF waren von zunehmender (identitätspolitischer) Polarisierung geprägt.

Der Mangel an eigenen Ideen und politischen Visionen wurde durch identitätspolitisch unterfütterte Angriffe auf die Muslimbruderschaft kompensiert, die in manchen Parteien den Charakter eines Feindbildes Muslimbruderschaft annahmen. Der SCAF setzte seine Gegenstrategie im Transitionsprozess an diesem Riss an: Die stets ambivalente Beziehung und Stellung des SCAFs zur Muslimbruderschaft resultierte zum einen aus der machtpolitischen Notwendigkeit, seiner Herrschaft ein ziviles Gesicht zu verleihen und andererseits aus der Absicht, der Demokratiebewegung das Momentum zu nehmen.

Indem der SCAF zunächst die Muslimbruderschaft mit der Aussicht auf eine Teilung der Macht an sich band, spaltete er die Opposition und vertiefte so die Ressentiments im säkularen Lager gegenüber der Muslimbruderschaft, die mit zunehmender Dauer klassistische und weltanschauliche Formen annahmen. Deprivilegierte Klassenlagen und deren organisierte Artikulation wurden von Vertreter*innen urbaner, westlich orientierter und gut ausgebildeter Klassen zum Gegenstand paternalistischer, quasi-feudaler Herabwürdigung und Ver-

kennung, weil sie pauschal dem Lager der Muslimbruderschaft zugerechnet wurden.

Der Rückzug auf eine politische *Konfliktidentität*, die der jeweiligen Organisation nur dann Orientierung bietet, wenn es andere Akteur*innen zu bekämpfen gilt, wirkte sich auf den Verlauf des Transitionsprozesses negativ aus. Ein Bündnis zwischen ihnen und der Muslimbruderschaft wurde vereinbart, als der SCAF den Transitionsprozess durch institutionelle Eingriffe umkehren wollte. Es scheiterte jedoch an Vorbehalten, Misstrauen und mangelnder Verbindlichkeit. Auch hier zeigte sich – auf beiden Seiten – eine zunehmende Konsensunfähigkeit. Es wurde in diesem Kontext auch versäumt, einen Lenkungs- und Kontrollmechanismus zu installieren, der den Dissens zumindest vorübergehend und im Sinn des politischen Ziels der Demokratisierung einfriert.

Das Ringen um institutionelle Reformen war folglich ein Spiegel der polarisierten Situation: Im Streit um die neue Verfassung, in welchem die Muslimbruderschaft ihre Macht voll gegen die säkularen Parteien ausspielte, hatte die säkulare Opposition zwar legitime Forderungen; jedoch fehlten ihr die Mittel, diese auch durchzusetzen. Die theoretische Prämisse wonach Demokratisierungsprozesse institutionalisierte Kompromisse zwischen gleichstarken Akteur*innen hervorbringen, konnte hier keine Bestätigung finden.

Vielmehr führten die Angst der säkularen Opposition vor einer sogenannten *Bruderschaftisierung* des Staates (*akhwanit ad-daula*) sowie die machtpolitische Asymmetrie zu einer Bestätigung des Theorems einer Autokratie mit Demokrat*innen, also einem Zusammengehen säkularer Parteien mit dem Militär – wobei hier einschränkend betont werden muss, dass demokratische Einstellungen im säkularen Lager höchst ungleich ausgeprägt waren und oft instrumentell eingesetzt wurden. Dies führte zur paradoxen Situation, dass die (vermeintlichen) Akteur*innen des Wandels und der Demokratisierung sich gegen den von ihnen angestoßenen Demokratisierungsprozess wandten und eine Konterrevolution in Gang setzten, in deren Verlauf sie sogar den SCAF zu Hilfe riefen, um die Herrschaft der Muslimbruderschaft zu beenden.

In der Retrospektive muss der umkämpfte Transitionsprozess als Bestätigung der These bewertet werden, wonach neopatrimoniale Regime Liberalisierungen in erster Linie reaktiv einsetzen und damit eine mittelfristige Sicherung der eigenen Herrschaft anstreben. Die analysierten Defizite im Aufbau der Organisationen, die strategischen Fehlentscheidungen in der Frage der Bündnispolitik, das Fehlen eines gemeinsamen gesellschaftlich-politischen postrevolutionären Narrativs und die versäumte Etablierung einer institutionalisierten Arena der Aushandlung zwischen allen beteiligten oppositionellen Akteur*innen (Roundtable o.ä.), die zuweilen radikale ideologische Polarisierung, die fehlerhafte Konzipierung des Tran-

sitionsprozesses hinsichtlich der Reihenfolge der Implementierung von institutionellen Reformen sowie die Kontinuität und Dominanz polit-kultureller Strukturelemente des alten Regimes müssen als *Hauptgründe* benannt werden, die dazu beitrugen, dass dem SCAF keine geschlossene oppositionelle Front gegenüberstand, wie es das SKOG-Konzept oder auch der Contentious-Politics-Ansatz erfordern, sondern eine fragmentierte Phalanx aus zumeist dysfunktionalen Parteien, die schnell wieder zerfielen, nachdem der Transitionsprozess durch den Putsch vorläufig beendet wurde. Aus den vorgenannten Gründen muss der Transitionsprozess in Ägypten als *defekter Transitionsprozess* bezeichnet werden.

Gewiss sind Demokratie und Demokratisierung, anders als im Kanon der liberalen Politikwissenschaft kodifiziert, nicht einfach die konsensuelle Institutionalisierung gesellschaftlicher Konflikte, sondern deren Austrag. Das Politische als Selbstzweck, insbesondere in einem asymmetrischen Machtverhältnis – sowohl in Form essentialistisch-identitärer Polarisierung gegenüber zivilgesellschaftlichen Gegner*innen als auch in Form von andauernder Straßenpolitik gegenüber dem Regime –, führt widerstreitende gesellschaftliche Interessen aber nicht in eine Agora der konfliktiven Aushandlung, sondern an den Abgrund machtpolitischer Auseinandersetzungen, an deren Ende die politische Vernichtung des politischen Gegners steht und das vorläufige Scheitern eines hoffnungsvoll gestarteten Demokratisierungsprozesses.

14.2 Ausblick

Als Anfang 2015 die Arbeit an dem vorliegenden Buch begann, war der autoritäre Rollback in Ägypten in vollem Gang: Feldmarschall Abdel Fattah as-Sisi hatte die Muslimbrüder bereits zwei Monate nach seinem Putsch im Juli 2013 gerichtlich verbieten lassen. Die Kader der Organisation waren entweder im Exil oder in Gefängnissen des Regimes. Auch die säkulare Opposition sah sich zunehmender Repression ausgesetzt, gewonnene Freiheiten wurden wieder abgebaut. Im April 2014 wurde die für die Revolution wichtige Kraft *Bewegung 6. April* verboten. Selbst vor Mord an ausländischen Forschern schreckte das Regime nicht zurück, wie der inakzeptable Fall des Kollegen Giulio Regeni aufzeigt.

Eine abschließende Bewertung des (bisherigen) Transitionsprozesses gebietet dennoch Vorsicht vor voreiligen Schlüssen. Heute, zehn Jahre nach Ausbruch der Revolution, scheint der revolutionäre Prozess vollständig zum Erliegen gekommen zu sein. As-Sisis Macht ist konsolidiert, er selbst nach einer kurzen Phase, in der westliche Mächte in der ihnen eigenen Art die Einhaltung von Menschenrechten eingefordert haben, nur um in den folgenden Jahren Kraftwerke und Waffen im Wert von mehreren Milliarden Euro an ihn zu verkaufen, als Präsident von Ägypten anerkannt (Deutsche Welle 2015; Markus Bickel 2018; Süddeutsche Zeitung 2016).

Aber die Problemlagen und Krisen, die zum Ausbruch der Revolution geführt haben sind heute die gleichen bzw. haben sich weiter verschärft: die autoritäre Bevormundung der Zivilgesellschaft ist stärker, als sie es unter Mubarak oder Sadat je war, die Jugendarbeitslosigkeit ist weiterhin sehr hoch, die demographische Entwicklung lässt sich nicht aufhalten, die ökonomischen Probleme haben sich seit 2011 massiv verschärft. Die Abwertung der Währung im Winter 2016/2017 um 50 % gegenüber dem Euro und die emsige Fokussierung as-Sisis auf Großprojekte, wie der Ausbau des Suez-Kanals oder der Bau einer neuen Verwaltungshauptstadt, sind nur die offensichtlichsten Anzeichen dafür. Ebenso wenig, wie der Ausbruch der Revolution 2011 vorhergesagt wurde, lässt sich heute ein dauerhaftes Verharren Ägyptens im Autoritarismus prognostizieren.

Die Beispiele Algerien und Sudan, wo neue Protestbewegungen in der Region im Laufe des Jahres 2019 zwei weitere langjährige Herrscher zu Fall gebracht haben, zeigen sehr deutlich auf, dass die Entwicklungen, die im Jahr 2010/11 ihren Ausgang in Tunesien und Ägypten nahmen, noch nicht abgeschlossen sind, zumal zehn Jahre im historischen Maßstab eine sehr kurze Zeit sind und widersprüchliche Transitionsverläufe der empirischen Erfahrung entsprechen, wie Venezuela, ein weiteres aktuelles Beispiel, zeigt.

Irak und Libanon sind zwei weitere Beispiele aus der NAWA-Region, in denen es 2019 zu anhaltenden Protesten gegen die herrschenden Eliten gekommen ist, und die im Libanon auch in den ersten Monaten im Jahr 2021 anhielten. Die autoritäre Persistenz der Eliten in diesen beiden Staaten, die zum Teil von externen Mächten wie den Golfstaaten (Libanon), Iran (Irak) oder den USA gestützt werden, ist ein eindringlicher Hinweis, dass beginnende Transitionsprozesse immer höchst fragile politische Errungenschaften sind, deren Erfolg nicht zuletzt von der Entschlossenheit sozialer Bewegungen abhängt.

Bei allen nationalen, sozialstrukturellen, geopolitischen und systemischen Unterschieden der genannten Beispiele aus der NAWA-Region, scheint es so zu sein, dass die Protestbewegungen über Landesgrenzen hinweg aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt haben und doch ähnliche Problemlagen weiterhin bestehen. In Algerien hielten die Proteste auch nach der Abdankung von Abdelaziz Bouteflika an, flauten schließlich ab, auch weil der Sicherheitsapparat hier hartnäckiger als im Sudan ist, wo im Sommer 2019 Protestgruppen und Militär eine Übereinkunft über eine Machtteilung und dreijährige Transitionsphase getroffen haben.

Für künftige Forschungen lassen sich daraus im Wesentlichen zwei Konsequenzen ziehen: Die Forschung zu Prozessen, die mit den arabischen Revolutionen verbunden werden, ist weiterhin dringend nötig. Weder ist der Transitionsprozess in Tunesien etwa endgültig gelungen, noch ist er in Ägypten endgültig gescheitert. Vielmehr müssen die heutigen politischen Konfigurationen in diesen Ländern als temporärer Ausdruck der Kräfteverhältnisse interpretiert werden.

Die Analyse der *Träger des Wandels* muss neben einer Analyse der Ursachen der Proteste und Transitionsprozesse in den Fokus rücken. Länderanalysen, die die jeweiligen Spezifika des Transitionsprozesses untersuchen, sind auch aufgrund möglicher Auswirkungen gescheiterter Transitionen auf die regionale Sicherheits- und Machtarchitektur dringend notwendig, wie die Beispiele Syrien, Libyen und Jemen beweisen.

Auf der theoretischen Ebene hat der Fortgang der vorliegenden Untersuchung aber auch gezeigt, dass es hierfür extrem fruchtbar ist, Grenzen von Teildisziplinen und Fächern mutiger und öfter zu überwinden. Die Kombination aus politologischen, soziologischen, kommunikationswissenschaftlichen und sozialpsychologischen theoretischen Elementen ist zwar anspruchsvoll und komplex. Sie entspricht aber der komplexen Realität von gesellschaftlichen Umbruchsprozessen, die selten durch monokausale Erklärungsmuster hinreichend erklärt werden können.